Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

53. Sitzung
29. November 2023

Beginn: 10.03 Uhr
Schluss: 14.55 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die Änderungsanträge der AfD-Fraktion nicht mehr in die vorliegende Gesamteinladung hätten aufgenommen werden können, da sie sehr kurzfristig eingereicht worden seien.

Er wolle sich an dieser Stelle bei den Mitgliedern des Ausschusssekretariats für ihren Einsatz bedanken.

Finanzen

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1273 **Gesetz zur besoldungsrechtlichen Anhebung von Spitzenämtern**	1297 Haupt
hierzu:	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	1297 A Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag rote Nr. 1297 A der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an. Sodann empfiehlt der **Ausschuss** ebenfalls ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1273 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Bezirke

Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – StadtFML – vom 02.11.2023 **Verlängerung der Anmietung von Büroflächen für das Bezirksamt Mitte von Berlin im Objekt Klosterstr. 71 in 10179 Berlin** **1. Zustimmung zur Verlängerung** **2. Kenntnisnahme von der Absicht des Bezirksamtes Mitte eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in 2023 bei Kapitel 3306, Titel 51715 und Titel 51820 in Höhe mit Jahresscheiben in den Jahren 2024 und 2025 zuzulassen** gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1300 Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt fest, der Standort sei aktuell als Projektstandort verzeichnet. Wenn er dauerhaft zu einem Bürgeramt umgewandelt werden solle – was ihre Fraktion begrüße –, warum dann nur für zwei Jahre? Werde der Standort danach vom Bezirk übernommen, oder wie lasse sich diese Kurzfristigkeit sonst erklären?

Bezirksstadtrat Ephraim Gothe (Bezirksamt Mitte; Abtl. für Stadtentwicklung und Facility Management) erläutert, dies beziehe sich auf eine mittelfristige Anmietung von mindestens fünf Jahren. Grundsätzlich wolle man aber versuchen, angemietete Objekte abzulösen durch Flächen, die dem Bezirksamt originär zur Verfügung stünden. Dies sei die Perspektive, die

jetzt noch nicht unterlegt sein könne. Langfristig solle dieses Bürgeramt in eigenen Immobilien des Bezirks untergebracht werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1300 wie beantragt zu.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1026 **IT-Sicherheitslücken suchen und finden – Ein Bug-Bounty-Programm für Berlin**	1072 Haupt DiDat

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1026 abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Schreiben RBm -Skzl – ZS E 1 – vom 17.11.2023 **Interne Meldestelle gem. Hinweisgeberschutzgesetz hier: Zustimmung** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1307 Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1307 ohne Aussprache wie beantragt zu.

Inneres und Sport – 05

Punkt 4 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1232 **Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften**	1198 Haupt InnSichO

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, die Fraktion Die Linke sehe die Dringlichkeit des Verhandlungsgegenstands nicht gegeben. Mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen in Bezug auf die Einsatzfähigkeit von Bodycams in Wohnräumen sei zwar dadurch, dass es jetzt einen Richtervorbehalt geben solle, einem wesentlichen Bedenken aus den Beratungen abgeholfen worden. Es gebe aber von seiner Fraktion noch Fragen, die sich beim Abgleich der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mit den Schutzstandards, die zweistufig und sehr dezidiert für den Kernbereichschutz ausgestaltet seien, ergäben. Es müsse gründlich geprüft werden, ob hier möglicherweise eine Situation bestehe, in der der vorlie-

gende Regelungsgehalt dieser ständigen Rechtsprechung nicht entspreche. Beim Kernbereichschutz müsse man besondere Sorgfalt walten lassen, auch bei den parlamentarischen Beratungen.

Der **Ausschuss** empfiehlt, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1232 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – 07

Punkt 4 B der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0721 **Neuntes Gesetz zur Änderung des Straßenreinigungsgesetzes**	0763 Haupt UK(f) Mobil*

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0721 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 4 C der Tagesordnung

a) Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1250 **Abschluss von Hochschulverträgen gemäß § 2a Berliner Hochschulgesetz für den Zeitraum 2024 bis 2028**	1294 Haupt WissForsch

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1250 anzunehmen.

b) Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1261 **Abschluss des Charité-Vertrages gemäß § 4 Abs. 1 und 2 Berliner Universitätsmedizingesetz für den Zeitraum 2024 bis 2028**	1298 Haupt WissForsch

Silke Gebel (GRÜNE) sagt, sie habe eine Frage zum Bachelorstudiengang Pflegewissenschaften bzw. grundsätzlich zu den gesamten Gesundheitsfachberufen, für die es jetzt Bachelorstudiengänge gebe. Der erste Jahrgang sei nun fertig und benötige ein Masterstudium. Ihres Wissens sei der Masterstudiengang nicht in den Charité-Hochschulverträgen finanziert. Sei dies richtig, und wenn ja, warum? Was könne man den Bachelorabsolventen nun empfehlen? Sollten sie Berlin verlassen?

Berlin habe die einzige Universitätsklinik, in der man für das Praktische Jahr keine Vergütung erhalte. Alle anderen Bundesländer zahlten eine Vergütung; eigentlich bräuchte es eine bundeseinheitliche Regelung. Derzeit sei dies aber auch im Hochschulvertrag nicht gegenfinanziert und somit nicht möglich. Hätten diese beiden Punkte in den Verhandlungen eine Rolle gespielt, und warum sei es nicht abgebildet worden?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, der Master Hebammen- und Pflegewissenschaft werde mittelfristig eingeführt werden.

Susann Burkhardt (SenWGP) bestätigt, dass das Praktische Jahr derzeit nicht finanziert und eine Finanzierung im Rahmen des Hochschulvertrags nicht vorgesehen sei. Sie würde es eher als Aufgabe der Krankenversorgung sehen, hier eine einheitliche Regelung zu treffen.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt nach, was „mittelfristig“ bedeute – nach diesem Doppelhaushalt? Würden die Bachelorstudiengängen nicht jetzt schon fertig? Werde es eine Lücke geben?

Susann Burkhardt (SenWGP) informiert, für die Medizin- und Pflegepädagogik sei der Master ab 2025 vorgesehen. Aus Anlage 2 der Vorlage gehe hervor, dass hierfür ab 2025 Mittel eingestellt seien.

Der **Ausschuss** empfiehlt, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1261 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

c)	Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1044 **Hochschulverträge 2024-2028 – Berlins Hochschulen ausfinanzieren und auf die Zukunft einstellen**	1075 Haupt WissForsch

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, den Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1044 abzulehnen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 4 D der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1169 **Sechzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin**	1185 Haupt BildJugFam(f) InnSichO* Recht*

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1169 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 E der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	1186
Drucksache 19/1170	Haupt
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des	BildJugFam(f)
Landeswahlgesetzes	InnSichO*
	Recht*

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1170 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 F der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	1187
Drucksache 19/1176	Haupt
Demokratie bei Jugendlichen stärken I – Jugend-	BildJugFam(f)
Demokratiefonds weiterentwickeln	InnSichO*
	Recht*

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1176 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 G der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	1188
Drucksache 19/1177	Haupt
Demokratie bei Jugendlichen stärken II –	BildJugFam(f)
Jugendlichen demokratische Vertreter und	InnSichO*
Institutionen nahebringen	Recht*

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1177 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 H der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	1189
Drucksache 19/1178	Haupt
Demokratie bei Jugendlichen stärken III –	BildJugFam(f)
Einführung und Umsetzung eines „Jugend-Checks“	InnSichO*
für Berlin	Recht*

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1178 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 I der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1179 **Demokratie bei Jugendlichen stärken IV – Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen der Bezirke ausbauen**	1152 Haupt BildJugFam(f) InnSichO* Recht*

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1179 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 4 J der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0725 **Drittes Gesetz zur Änderung des Sozialberufe-Anerkennungsgesetzes**	0764 Haupt ArbSoz BildJugFam(f)

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0725 anzunehmen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1140 **Bezirken kommunales Vorkaufsrecht ermöglichen – Immobilienspekulation und Verdrängung jetzt verhindern!**	1138 Haupt StadtWohn

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss**, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1140 abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (Restelesung)

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**	1100 Haupt(f)

hierzu:

Empfehlung des UA BezPHPW vom 27.11.2023 zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)** hier nur: **II. Personaltitel, Stellenpläne und Produktdarstellungen** (ohne Änderungen)	1100 BP Haupt

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **IKT-Titelliste 2024/2025**	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt
c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 **Gender Budgeting** **hier: konzeptionelle Weiterentwicklung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt
d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023 **Gender Budgeting** **hier: Umsetzung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt
d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 **Entwicklung eines Gesamtkonzepts „Gender Budgeting Controlling“** **Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen –Teil 10c** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 **Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben** gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt

f1)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023 **Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
f2)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 18.09.2023 **Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Beratungsdienstleistungen gemäß Auflage A Nr. 18 zum Haushalt 2022/2023** **Bericht zum 30.09.2023** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 E Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 **Kosten für Migration und Fluchtunterbringung** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt
h)	Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023 **Vorläufiger Jahresabschluss 2022** **hier: Rücklagen und Sondervermögen** (Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023 und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)	0832 C Haupt
i)	Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG	0932 A-1 Haupt
j1)	Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 B Haupt

j2)	2. Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 04.10.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 D Haupt
j3)	Bericht SenFin – II LIP 1 – vom 17.10.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** **hier: Veranschlagte Ausgaben, die zukünftig über SIWA finanziert werden** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 E Haupt
k)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1187 **Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027** (überwiesen zur Besprechung gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs)	1150 Haupt
l)	Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 **Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023** gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0495 C Haupt
m)	Bericht SenFin – IV A – vom 18.10.2023 **Personalaufwüchse, Umstrukturierungen sowie Stellenbesetzungen und unbesetzte Stellen in der Berliner Verwaltung** (Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	1184 Haupt
n)	Bericht SenFin – IV A 22 – vom 18.10.2023 **Ausstattung der Leitungsbereiche der Senatsverwaltungen** (Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	0977 F Haupt
o)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1240 **Bericht zum klimagerechten Haushalten (Hauptverwaltung)** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1205 Haupt

p) Bericht SenFin – II B 24 – vom 09.10.2023 — 0562 A
Bericht über die Summe der niedergeschlagenen Forderungen — Haupt
gemäß Auflage B. 129 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 47. Sitzung am 18.10.2023 über die Konsensliste zur 2. Lesung des Einzelplans 15 zurückgestellt)

q) Bericht SenInnSport – III E 22 – vom 24.10.2023 — 0902 B
Entwicklung des gesamten Fuhrparks unter Berücksichtigung ökologischer Wirksamkeit — Haupt
gemäß Auflage B. 25 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

Vorsitzender Stephan Schmidt erläutert zum Verfahren, die Fraktionen seien gebeten worden, Änderungsanträge spätestens bis zum 5. Dezember 2023 um 18 Uhr der Geschäftsstelle des Hauptausschusses zuzuleiten. Die eingegangenen Änderungsanträge seien jeweils den Titeln zugeordnet worden. Die Abstimmungsreihenfolge finde sich in der Gesamteinladung. Für die Fraktionen bestehe die Gelegenheit, ihre Änderungsanträge zu Beginn des jeweiligen Einzelplans übergreifend zu begründen. Zu den Einzelplänen, bei denen zu den Restelesungen keine Berichte oder Zurückstellungen vorlägen, sei vom Hauptausschuss in seiner 52. Sitzung auf die Anwesenheit einer politischen Vertretung der jeweiligen Ressorts verzichtet worden.

Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 — 1100 BW — Haupt
Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 9 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Koalition auf eine übergreifende Begründung ihrer Änderungsanträge verzichte.

Titel 41101 – Aufwendungen für Abgeordnete –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 — 1100 BW — Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 2.521.000 €
2025: + 2.412.000 €

Titel 41103 – Versorgungsbezüge der ehemaligen Abgeordneten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 hier: lfd. Nr. 2	1100 BW Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) merkt an, die hier vorgelegte nachträgliche Absenkung könne sie nicht nachvollziehen. Wann sei die Veranschlagung gemacht worden? In der Zwischenzeit hätte aus ihrer Sicht niemand ausscheiden müssen. Woraus ergebe sich die nochmalige Absenkung in erheblicher Größenordnung?

Sven Heinemann (SPD) weist darauf hin, dass es bei dem Titel insgesamt um die ehemaligen Abgeordneten gehe und nicht nur um die der jetzigen Wahlperiode. Er schlage vor, im Nachgang eine schriftliche Berichtsbitte an das Hauptausschussbüro zu stellen, wenn die Erläuterung nicht ausreichend sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

2024: - 1.198.000 €
2025: - 1.963.000 €

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 hier: lfd. Nr. 3	1100 BW Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 132.000 €
2025: + 135.000 €

Änderungen im Stellenplan
+ 2 VZE BG B 2
+ 1 VZE BG A 16
- 2 VZE BG A 15

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 1100 BW Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 302.000 €
2025: + 311.000 €

Änderungen im Stellenplan
Teilplan A
- 1 VZE VG E13
+ 1 VZE VG E12
+ 3 VZE VG E8
- 3 VZE VG E6

Teilplan B
+ 1 VZE VG E15
+ 1 VZE VG E14
+ 1 VZE VG E13
+ 1 VZE VG E10
- 1 VZE VG E8

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 1100 BW Haupt
hier: lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 60.000 €

Titel 68401 – Zuschüsse an Fraktionen und Gruppen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 1100 BW Haupt
hier: lfd. Nr. 6

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: - 816.000 €
2025: - 880.000 €

Titel 51145 – Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 1100 BW Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024:+ 50.000 €
2025: + 50.000 €

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 1100 BW Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 264.000 €
2025: + 264.000 €

Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 01 1100 BW Haupt
hier: lfd. Nr. 9

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 184.000 €
2025: + 103.000 €

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus – einschließlich des Stellenplans abgeschlossen.

Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 02 Hinweis: Der Änderungsantrag ist dem Titel zugeordnet worden.	1100 BX Haupt

Titel 41204 – Entschädigungen der ehrenamtlichen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 02 hier: lfd. Nr. 1	1100 BX Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 25.000 €
2025: + 25.000 €

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof – einschließlich des Stellenplans abgeschlossen.

Einzelplan 20 – Rechnungshof –

Einzelplan 21 – Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –

Einzelplan 22 – Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin –

Jeweils keine Wortmeldung.

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie –

hierzu:

a) **Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 10** — 1100 BS Haupt
Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 3 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.

b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10** — 1100 BY Haupt
Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 39 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.

c) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 10** — 1100 BZ Haupt
Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 23 werden am Ende des Einzelplans 10 aufgerufen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fraktionen auf eine übergreifende Begründung ihrer Änderungsanträge verzichteten.

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Neuer Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 — 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 7.000.000 €
2025: + 5.000.000 €

Zuführung an das SIWA für Baukostensteigerungen ausschließlich in den Deckungskreis (DK) 35 (Jugendfreizeiteinrichtungen) (verbindliche Erläuterung).

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 2	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

VE 2024: + 600.000 € (Davon fällig: 2025 600.000 €)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Politisch-Administrativer Bereich und Service – abgeschlossen.

Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung –

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 4	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 60.000 €
2025: + 60.000 €

Ergänzung der Tabelle in den Erläuterungen um einen neuen Teilansatz (9):
TA 9 „Schülerforschungszentren“
2024: + 60.000
2025: + 60.000

Titel 54122 – Besondere Unterstützungsmaßnahmen an Schulen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 3.100.000 €
2025: + 3.100.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 2: Temporäre Lerngruppen für Schuldistanzierte
2024: + 100.000
2025: + 100.000

Schaffung eines neuen TA 3 „Externe psychosoziale Angebote für Schulen mit folgenden Teilansätzen“:
2024: + 3.000.000
2025: + 3.000.000

Anpassung der Erläuterung:
Zur Erläuterung des TA 2 wird am Ende folgender Satz hinzugefügt: „Insgesamt 100.000 Euro in 2024 und 100.000 Euro in 2025 sind für die Projekte ‚Deine Stärken aktivieren‘ sowie ‚CaS: Chance auf Schule‘ vorgesehen.“

Titel 68511 – Zuschuss an den Lette-Verein –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 6

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 500.000 €
2025: + 350.000 €

Titel 68537 – Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 7a

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7a der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 250.000 €
2025: + 350.000 €

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 7	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 1.485.000 €
2025: + 1.485.000 €

Anpassung der Teilansätze in der Erläuterung:
TA 19: Bildung lokaler Alpha-Bündnisse
2024: + 100.000
2025: + 100.000

TA 20: Gesicht Zeigen!
2024: + 385.000
2025: + 385.000

TA 35: Natur- und Werkpädagogik PFH
2024: + 500.000
2025: + 500.000

TA 47: BiKoBerlin:
2024: - 200.000
2025: - 200.000

TA 54 DEVI e.V.:
2024: + 200.000
2025: + 200.000

TA 58 (neu): „Empathie macht Schule“:
2024: + 300.000
2024: + 300.000

TA 59 (neu) „Projekte im Bereich der Prävention von islamistischem Antisemitismus“
2024: + 200.000
2025: + 200.000

Erläuterung zum Teilansatz 20:
Nachfolgend der bestehenden Erläuterung wird folgender Text eingefügt:
„90.000 € p. a. sind für eine Jungen-/Männer-spezifische Erweiterung des Freiheits-Projekts, 80.000 € p. a. für eine quantitative Ausweitung der 7xjung-Workshops am Lernort und 65.000 € p. a. für spezifischere und umfangreichere Beiträge für die Fortbildung der Lehrkräfte und des weiteren pädagogischen Personals vorgesehen (verbindliche Erläuterung).“

Erläuterung zum Teilansatz 59 im Fließtext:
„TA 59 Projekte im Bereich der Prävention von islamistischem Antisemitismus
Wegen der aktuellen Lage sollen Projekte durchgeführt werden, die sich mit der Entstehung und Verbreitung von islamistischem Antisemitismus, auch im Zusammenhang mit dem jüngsten Nahost-Konflikt, durchgeführt werden.“

Titel 68585 – Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 8	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 1.345.000 €
2025: + 1.915.000 €

Erhöhung des Teilansatzes 14 in der Tabelle:
TA 14: Urban dance goes professionell
2024: + 1.310.000
2025: + 1.880.000

Ergänzung der Erläuterungen um einen neuen TA 16:
TA 16: Lesewelt Berlin e.V. in Bildungseinrichtungen
2024: + 35.000
2025: + 35.000

Anpassungen im Fließtext:
„TA 16 Lesewelt Berlin e. V.
Regelmäßige Vorleseveranstaltungen in außerschulischen Einrichtungen.“

Ergänzung im Fließtext zum TA 14 im Anschluss an die in der zweiten Lesung bereits vorgenommene Ergänzung:
„Flying Steps, Diploma stehen somit im Haushaltsjahr 2024 1.610.000€ und im Haushaltsjahr 2025 2.1880.000€ aufgrund Mehrbedarfs und zur Standorterweiterung zur Verfügung.“

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung – abgeschlossen.

Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen –

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 9	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 54690 und 68590.

Titel 42790 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 10	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen – abgeschlossen.

Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 10 1100 BS Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 13	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 1.679.000 €
2025: + 1.679.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 9: Pädagogische Unterrichtshilfen
2024: + 500.000
2025: + 500.000

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 2	1100 BS Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 68477 – Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbünden –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 14	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 200.000 €
2025: + 200.000 €

Anpassung der Teilansätze in der Erläuterung:
TA 3 Stärkung pädagogischer Werkstätten:

2024: + 200.000
2025: + 200.000

MG 04 – Bildungsverbünde –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 15	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ergänzung der Erläuterung zu MG 04:
„Die Ansätze sind bestimmt zur Leistung von Ausgaben aufgrund von Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Honorare), für nichtplanmäßige Tarifbeschäftigte, für Kooperationen mit freien Trägern sowie notwendige Sachausgaben zur Unterstützung von Bildungsverbünden in den Bezirken."

Titel 42777 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Bildungsverbünden –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 16	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 42877, 53477 und 68477.

Neuer Titel 42877 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 17	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 1.000 €
2025: + 1.000 €

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 42777, 53477 und 68477.

Titel 53477 – Sachausgaben für Bildungsverbünde –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 18	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 42777, 42877 und 68477.

Titel 68477 – Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbünden –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 19	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: - 1.000 €
2025: - 1.000 €

Anpassung der Teilansätze wie folgt:
TA 2
2024: - 1.000
2025: - 1.000

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 42777, 42877 und 53477.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen – abgeschlossen.

Kapitel 1014 – Berliner Landeszentrale für politische Bildung –

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 20	1100 BY Haupt

Mitberaten wird:

Bericht SenBJF – LZ Ltr – vom 21.11.2023 **Auflistung der Träger, die gefördert bzw. nicht mehr gefördert werden** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	1316 Haupt

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, unter den Maßnahmen im Zusammenhang mit der avisierten Wahlrechtsreform sei neben einem neuen Teilansatz für Jugendprojekte zum Wahlalter 16 ein neuer Teilansatz zur „Förderung und Begleitung von Projekten der Community-orientierten aufsuchenden politischen Erwachsenenbildung mit arabischstämmigen Peers“ genannt. Was sei der Hintergrund für diese Fokussierung? Wie hänge dies mit der Wahlrechtsreform zusammen? Dies erschließe sich ihr nicht.

Sandra Khalatbari (CDU) erläutert, in der Landeszentrale für politische Bildung habe man mit bestimmten aufsuchenden Gruppen die Erfahrung gemacht, dass es genau in diesem Bereich unbedingt notwendig sei, noch einmal zu verstärken. Dies sei bei der letzten Kuratoriumssitzung mitgeteilt worden.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

2024: + 500.000 €
2025: + 500.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 5 (neu): „Jugendprojekte Wahlalter 16“
2024: + 300.000
2025: + 300.000

TA 6 (neu): „Förderung und Begleitung von Projekten der Community-orientierten aufsuchenden politischen Erwachsenenbildung mit arabischstämmigen Peers“
2024: + 200.000
2025: + 200.000

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1316 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1014 – Berliner Landeszentrale für politische Bildung – abgeschlossen.

Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundschulen –

Neuer Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 21	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 1.000 €
2025: + 1.000 €

Ausgaben für Kooperationsverträge der Grundschulen mit außerschulischen Partnern gem. § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels 42701 sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben des Titels 67101.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 22	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: - 2.000 €
2025: - 2.000 €

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels 67101 sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben der Titel 42701 und 98101. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen.

Neuer Titel 98101 – Allgemeine interne Verrechnungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 23

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 1.000 €
2025: + 1.000 €

Ausgaben für Kooperationsverträge der Grundschulen mit den bezirklichen Musik- und Volkshochschulen gem. § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG. Die Zahlungen für Kooperationen werden im jeweiligen Bezirksplan – für Volkshochschulen Kapitel 3610/für Musikschulen Kapitel 3620 – im Titel 38101 (Allgemeine interne Verrechnungen) zum Unterkonto 120 verbucht.

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels 98101 sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben des Titels 67101. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundschulen – abgeschlossen.

Kapitel 1020 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sonderpädagogische Förderzentren –

Titel 67181 – Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 24 und 25

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, ob sich der Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften nur auf Schulen mit Förderbedarf beziehe oder ob er an allen Schulen möglich sei.

Dennis Haustein (CDU) informiert, das Konzept werde in Lichtenberg bereits erfolgreich an sechs Schulen angewandt, davon vier Grundschulen und zwei Gymnasien. Es handle sich um ein breitflächiges Angebot auch für Grund- und Oberschulen ohne Förderbedarf.

Hendrikje Klein (LINKE) bittet darum, dass über die beiden Änderungsanträge Nrn. 24 und 25 getrennt abgestimmt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass so verfahren werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

Keine Ansatzänderung.

Anpassung der Tabelle
TA 1: Einsatz von Schulhelferinnen und Schulhelfern
2024: - 500.000

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD an.

2025: + 1.100.000 €

Anpassung der Teilansätze in der Erläuterung:
TA 1 Einsatz von Schulhelferinnen und Schulhelfern
2024: +/- 0
2025: +850.000

TA 2 Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften:
2024: +/- 0
2025: +250.000

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1020 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sonderpädagogische Förderzentren – abgeschlossen.

Kapitel 1024 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Zentral verwaltete Schulen –

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 26	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 52594, 54690 und 68190.

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 27	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 52594, 54690 und 68190.

Titel 42790 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 28	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Titel 52594 – Lehrmittel aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 29	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 30	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Titel 68190 – Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 31	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1024 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Zentral verwaltete Schulen – abgeschlossen.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familie und frühkindliche Bildung –

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 32	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: - 1.000.000 €
2025: - 2.000.000 €

Anpassung der Tabelle: TA 5 wird gestrichen.

Titel 68436 – Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 33	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

VE 2024: + 1.600.000 €

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familie und frühkindliche Bildung – abgeschlossen.

Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familienpolitik und Familienförderung –

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 34

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

2024: + 700.000 €

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familienpolitik und Familienförderung – abgeschlossen.

Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Jugend und Kinderschutz –

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt, hierbei gehe es auch um die Umsetzung des Jugendfördergesetzes. Derzeit gebe es offenbar in den Bezirken große Aufruhr ob der Frage, ob das Jugendfördergesetz und das Familienfördergesetz weiterhin umgesetzt werden sollten und könnten oder ob die Bezirke dazu nicht in der Lage seien. Es würden verschiedene Punkte angesprochen, die die Umsetzung adressierten. Zum Teil werde noch einmal Geld vom Land in die Bezirke geschoben. Wie werde dieser Umstand bewertet und wie werde sichergestellt, dass das Geld dann auch tatsächlich zur Umsetzung des Jugendfördergesetzes bei den Bezirken ankomme? Oder sei die Sorge der Bezirke der berechtigt und führten die Anträge, die hier abgestimmt würden, dazu, dass das Geld im Bezirk versickere und nicht bei der Jugendförderung ankomme?

Alexander Freier-Winterwerb (SPD) erläutert, die vorherige Koalition habe sich darauf geeinigt, das Geld, das im Jugendfördergesetz auf Senatsebene gebunden sei, immer dann auszureichen, wenn die Bezirke nachwiesen, dass sie das zugewiesene Geld, auch wirklich dafür eingestellt hätten. Dieser Mechanismus gelte weiterhin. Dessen habe er sich bezüglich des Jugendfördergesetzes, des Familienfördergesetzes und auch des Jugendgewaltgipfels im Vorfeld dieser Beschlüsse genau versichert. Der Antrag sei auf dem Jugendgewaltgipfel zum Thema Neukölln eingebracht worden, da Neukölln nach den bisherigen Richtlinien kein Geld erhalten hätte. Das hätte darüber hinaus zur Schließung von drei Projekten geführt. Deswegen habe die Koalition diese Sicherheitslinie hineingenommen. Nach seinem Stand befänden sich alle Bezirke im Plan, das bedeute, alle Bezirke könnten nachweisen, dass sie das Geld, das sie für Jugendarbeit erhalten hätten, auch dafür eingestellt hätten und erhielten zusätzlich den Aufschlag, den die Koalition etatisiert habe.

Das Verfahren an sich sei komplizierter geworden. Als er noch Jugendstadtrat in Treptow-Köpenick gewesen sei, sei er nur gefragt worden, ob er das Geld für Jugendarbeit eingestellt habe. Beim nächsten Mal habe die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gefordert, die Angaben ganz genau zu belegen, bevor das Geld ausgereicht worden sei. Angesichts seiner Erfahrungen und Informationen, auch aufgrund einer Schriftlichen Anfrage, könne er sagen: Das Geld komme in den Bezirken wie geplant bei der Jugendförderung an.

Silke Gebel (GRÜNE) bedankt sich für die Erläuterungen. – Dennoch erbitte sie einen aktuellen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Jugendfördergesetzes, des Familienfördergesetzes sowie des Jugendgewaltgipfels in den Bezirken.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) sagt den Berichtswunsch zu. Die Vorgehensweise, die der Abgeordnete Freier-Winterwerb beschrieben habe, könne er bestätigen.

Stefan Ziller (GRÜNE) bemerkt, er hoffe sehr, dass es so ablaufe. Dennoch geisterten bekanntermaßen sowohl bei den Senatsverwaltungen als auch bei den Bezirken hohe Pauschale Minderausgaben herum und auch die Frage, die bislang nicht glaubhaft beantwortet worden sei, wofür diese Gelder genutzt werden könnten und wofür nicht. Demnach sei es sinnvoll, am Ende des ersten Quartals bei den Bezirken und der Senatsverwaltung nachzufragen, welche Mittel tatsächlich noch zur Verfügung stünden und ob diese vor den PMAs geschützt seien.

Alexander Freier-Winterwerb (SPD) äußert die Vermutung, dass das Jahr 2025 diesbezüglich noch spannender als 2024 sein werde. Erfahrungsgemäß würden am Anfang des Jahres alle Zuwendungen so schnell wie möglich rausgehauen, um im Falle einer Haushaltssperre bestimmten Verpflichtungen nachgekommen zu sein. Es sei zu begrüßen, sich im ersten Quartal einen Überblick zu verschaffen, er appelliere jedoch an das Parlament, die Umsetzung kontinuierlich zu begleiten, um gegebenenfalls gegensteuern zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht Ende des ersten Quartals 2024 erwartet werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

2025: + 95.000 €

Anpassung des Stellenplans:
2025: + 1 VZE EG E13

Titel 68425 – Zuschüsse für freie Jugendarbeit

hierzu:

a) **Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 10** — 1100 BS Haupt
hier: lfd. Nr. 3

b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10** — 1100 BY Haupt
hier: lfd. Nr. 35

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktionen der CDU und der SPD jeweils ohne Aussprache zu.

Titel 68425 – Zuschüsse für freie Jugendarbeit

2024: + 8.100.000 €
2025: + 8.100.000 €

Erhöhung Teilansätze in der Tabelle:
TA 2 Zuschüsse für die Jugendverbandsarbeit
2024: + 3.000.000
2025: + 3.000.000

TA 8 Zuschüsse für die musikpädagogische Arbeit:
2024: + 500.000
2025: + 500.000

TA 13 Zuschüsse zur Förderung von Projekten der Jugendarbeit – interkulturelle, integrative, internationale und queere Jugendarbeit:
2024: + 4.500.000
2025: + 4.500.000

TA 19 Zuschuss zur Verstetigung der Landeskoordinierung zum präventiven Kinderschutz:
2024: +100.000
2025: +100.000

Zusätzlich Anpassung der Teilansätze in den Erläuterungen sowie der textlichen Erläuterung zum TA 19

Folgender Text wird der Erläuterung zu TA 2 hinzugefügt:
„Mehr von 3.000.000 Euro p.a. zur Stärkung der Jugendbildungsstätten“

Folgender Text wird der Erläuterung zu TA 13 hinzugefügt:
„1.800.000 Euro p.a sind zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros vorgesehen. 2.700.000 Euro p.a. sind zur Umsetzung des Jugendfördergesetzes und der Umsetzung der Jugendförderpläne in den Bezirken vorgesehen.

Kapitel 1061 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen –

Mitberaten wird:

a)	Bericht SenBJF – StS AS SG Ltg – vom 21.11.2023 **Aktueller Sachstandsbericht Berliner Schulbauoffensive** **hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	0548 E Haupt
b)	Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12** hier: Bericht 11 – Veränderungen gegenüber dem Investitionsprogramm 2022 Bericht 12	1290 Haupt
c)	Zwischenbericht SenBJF – I D – vom 21.11.2023 **Darstellung des Zusammenhangs zwischen Investitionsplanung, überbezirkliche Dringlichkeitsliste und Schulplatzbedarf am Beispiel Spandau** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023) m.d.B. um Fristverlängerung bis zur Sitzung am 06.12.2023	0548 D Haupt
d)	Bericht SenBJF – I D – vom 23.11.2023 **Darstellung des Zusammenhangs zwischen Investitionsplanung, überbezirkliche Dringlichkeitsliste und Schulplatzbedarf am Beispiel Spandau** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	0548 F Haupt

Hinweis: Die Bitte um Fristverlängerung unter Buchstabe c) 0548 D hat sich durch die Vorlage des Berichts 0548 F erledigt.

Hendrikje Klein (LINKE) bekundet, ihrer Fraktion sei angesichts der umfangreichen Liste von verschobenen und gestrichenen Maßnahmen der Schulbauoffensive – Liste Sanierung / Neubau – in Bericht 11 besorgt, dass der Schulplatzmangel längerfristig bestehen bleiben werde. Die neue I-Planung trage nicht dazu bei, den Schulplatzausbau schneller und besser als in den vergangenen Jahren voranzubringen. Das zeigten auch die Jahresscheiben, die im Wesentlichen unverändert seien. Aufgrund von Baukostensteigerungen würden Projekte verschoben oder gestrichen. Zusätzlich gebe es einen Vorbehalt, einerseits durch die Pauschale Minderausgabe und andererseits durch weitere Baukostensteigerungen.

Sie bitte darum, bis zur Schlusslesung am 6. Dezember 2023 eine Einschätzung zu erhalten, ob und wie sich verschobene und gestrichene BSO-Maßnahmen zur Schaffung von Schulplätzen auf den bestehenden Schulplatzmangel auswirkten.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) hält dem entgegen, dass er gestrichene Maßnahmen nicht erkennen könne. Bei der Schulbauoffensive werde sehr viel mit Tranchen und Typenbauten gearbeitet. Demnach seien Maßnahmen, die nicht im Doppelhaushalt 2024/2025 etatisiert seien, in der Regel nicht gestrichen, sondern auf andere Tranchen verschoben worden. Die jeweilige Einordnung in den Prioritätenlisten sei abhängig von den Kapazitäten der Baudienststellen. Er bitte die Abgeordnete Klein, zu präzisieren, welche Maßnahmen sie konkret meine, ansonsten sage er den Bericht zur Schlusslesung zu.

Hendrikje Klein (LINKE) legt dar, sie lese den Bericht so, dass die verschobenen Maßnahmen teilweise dazu führten, den Schulplatzmangel zu verlängern. Sie bitte darum, dass in einem Bericht erläutert werde, inwiefern der Schulplatzmangel weiter verstärkt und verlängert werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtsauftrag ausgelöst sei und die Berichte rote Nrn. 0548 E, 1290, 0548 D sowie 0548 F zur Kenntnis genommen seien.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 36	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

2024: + 3.000.000 €
2025: + 3.000.000 €

Neuer Teilansatz 5 „Unterstützung Wachschutz an öffentlichen Schulen"
2024: + 3.000.000
2025: + 3.000.000

Neue Erläuterung im Fließtext:
„TA 5 Unterstützung Wachschutz an öffentlichen Schulen
Unterstützung für die öffentlichen Schulträger bei der Finanzierung von Dienstleistungen im Bereich Wachschutz an Schulen zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes.

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 10 1100 BZ
Haupt
hier: lfd. Nr. 1 bis 23

Vorsitzender Stephan Schmidt hält Einvernehmen fest, dass über die Änderungsanträge Nrn. 1 bis 23 der Fraktion der AfD im Block abgestimmt werde.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge Nr. 1 bis 23 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie –

Titel 51950 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 1100 BY
Haupt
hier: lfd. Nr. 37

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 51950 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP)

2024: + 10.800.000 €
2025: + 10.800.000 €

Folgende Erläuterung wird eingefügt:
„Die veranschlagten Ausgaben sind in Höhe von mindestens 6.000.000 € in den Jahren 2024 und 2025 für die Konzeption und Umsetzung barrierefreier, inklusiver Spielplätze zu verwenden (verbindliche Erläuterung).

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 38	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

2024: - 700.000 €

Anpassung des Teilansatzes 2 wie folgt:
2024: - 700.000
2025: +/- 0

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 10 hier: lfd. Nr. 39	1100 BY Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

2024: + 3.000.000 €
2025: + 4.000.000 €

Folgender Satz wird in die Erläuterung eingefügt:
„Sanierungsprogramm für Stadtteil- und Familienzentren. Mehr wegen des Sanierungsprogramms für Stadtteil- und Familienzentren als Maßnahme des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.“
Folgender Satz wird in die Erläuterung eingefügt.
„Ein Betrag von jeweils 2.000.000 in den Haushaltsjahren 2024 und 2024 ist für Sanierungsausgaben zum Umbau des Pumpwerkes in der John-Locke-Straße zu einem Jugendkulturstandort vorgesehen (verbindliche Erläuterung).

Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

hierzu:

a)	**Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 15 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 BT Haupt
b)	**Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 13 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 BV Haupt
c)	**Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 11** Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 13 werden am Ende des Einzelplans 13 aufgerufen.	1100 CA Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA – ZS VbSt – vom 01.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 6.1: Umstellung Zuwendungsfinanzierung Bericht 6.2: Zuwendungssachbearbeitung Bericht 6.3: Eigenmittel der Träger Bericht 6.4: Verpflichtungsermächtigen Bericht 6.5: Digitalisierung Zuwendungsbearbeitung (Berichtsaufträge aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023, aus der aus der 42. Sitzung vom 27.09.2023 und aus der 45. Sitzung vom 11.10.2023)	1270 Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) erklärt, dass er die Herangehensweise, dass Zuwendungsempfangende die Letzten in der Nahrungskette seien und Berlin kein Interesse daran habe, Planungs- und Rechtssicherheit für die Träger zu schaffen, damit diese u. a. ihren Beschäftigten auch im nächsten Jahr einen Vertrag geben könnten, im Grundsatz nicht teile. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass das Land Berlin mit den Menschen sorgsamer umgehen müsse.

Er kündige an, dass seine Fraktion bis Freitag einen Änderungsantrag mit einer Verpflichtungsermächtigung vorlegen werde. Vielleicht schließe sich die Koalition diesem Vorschlag, für das Jahr 2025 eine VE für 2026 zentral reinzuschreiben, an, um das Geld zu sichern und dem Senat zu ermöglichen, bei wichtigen Zuwendungsprojekten zumindest für das erste Halbjahr 2026 Planungssicherheit geben zu können. Auf diese Weise könne die Klippe, die auf-

grund der Fachkräfte- und der Finanzsituation zu erwarten sei, umschifft werden. Seine Fraktion wolle damit keine Haushaltsberatung vorwegnehmen oder dem Parlament Handlungsspielraum rauben, sondern dem Senat die Möglichkeiten bieten, bei Zuwendungsempfängerinnen, -empfängern und Trägern, die ansonsten keine Chance hätten, ihre Zuwendungen aufrechtzuerhalten, handeln zu können. Das Parlament habe nichts davon, wenn es sich im Dezember 2025 für ein Projekt entscheide, das aufgrund fehlender Planungssicherheit oder Fachkräftemangels bereits kaputt gegangen sei. Er appelliere an die Koalition, sich am Freitag einen Ruck zu geben und dem Senat auch zu vertrauen. Auf Wunsch könne auch noch eine Sperre hinzugefügt werden, sodass der Senat bei Entscheidungen über den Hauptausschuss gehen müsse. Das müssten die Koalitionsfraktionen mit sich ausmachen.

Seine Fraktion begrüße das Projekt „Vereinfachung des Zuwendungsrechts“. Wie beabsichtige der Senat, eine parlamentarische Begleitung zu gewährleisten, um auch die Debatten gemeinsam führen zu können? Bislang sei in den Vorlagen weder eine regelmäßige Berichtspflicht noch ein Verfahrensvorschlag, wann wie im Ausschuss berichtet werden solle, hinterlegt. Angesichts des vorliegenden Zeitplans zum Teilprojekt 1 – Entscheidungsvorlagen im Januar/Februar, Bewertung im März, Überarbeitung im April – schlage er vor, bis März dem Hauptausschuss einen Bericht zum Stand der Projekte vorzulegen.

Hendrikje Klein (LINKE) hebt hervor, dass auch ihre Fraktion die Umstellung der Zuwendungsfinanzierung kritisch sehe. Sie schlage vor, dass bereits im Februar ein Folgebericht vorgelegt werde. – Sie kündige an, dass ihre Fraktion bis Freitag, den 1. Dezember 2023, Fragen nachreichen werde.

Ihrer Kenntnis nach habe ihre Fraktion zu den Projekten bereits einen Folgebericht in Auftrag gegeben.

Torsten Schneider (SPD) prognostiziert wie auch in einer der vergangenen Sitzungen, dass am 12. Februar 2024 lauter Vertagungsvorlagen vorliegen würden. Innerhalb eines Monats sei es weder leistbar, die Auflösung der Pauschalen Minderausgaben vorzubuchstabieren, noch langfristige Kulissen zuzusagen. Das eine hänge mit dem anderen zusammen.

Er wundere sich – oder auch nicht – über die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die im letzten Haushalt die VEs um 20 Milliarden Euro hochgeschrieben hätten. Es müsse jeder für sich bewerten, inwieweit es mit parlamentarischen Abläufen vereinbar sei, zukünftige Haushalte so weit im Voraus zu binden, insbesondere wenn dazwischen eine demokratische Wahl liege.

Stephan Herting (SenASGIVA) erklärt, dass das Projekt von Transparenz lebe und auch bewusst darauf angelegt sei. Der Arbeitstitel sei derzeit noch „Soudning Board“, da auch die Träger in die Weiterentwicklung des Zuwendungsrechts und zukünftig auch in die Rahmenbedingungen von Zuwendungen eingebunden werden sollten. Vieles spreche dafür, auch die Abgeordneten nicht nur durch formale Berichte zu involvieren. Er erinnere sich wie die Abgeordnete Klein daran, dass bereits ein Bericht in Auftrag gegeben worden sei, sei sich aber nicht sicher, ob die Berichte die gleiche Zielrichtung hätten. Er biete an, die Abgeordneten in die Hintergrundgespräche miteinzubinden, bei denen SenASGIVA regelmäßig über die Zwischenstände des Projekts informiere und Feedback für die weitere Arbeit erhalte.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass entsprechend verfahren werde.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 6.1. bis 6.5 der Sammelvorlage rote Nr. 1270 zur Kenntnis.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Neuer Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 1	1100 BV Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Neuer Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

2024: + 5.000.000 €
2025: + 2.000.000 €

Die Mittel sind vorgesehen für die Sanierung eines neunten Frauenhauses und ggf. für weitere Frauenhäuser (verbindliche Erläuterung).

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration –

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 2	1100 BV Haupt

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

2024: + 4.025.000 €
2025: + 4.025.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 13: Integrationsfonds/ bezirkliche Nachbarschaftsprogramme (neu)
2024: + 4.025.000 €
2025: + 4.025.000 €

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration –

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen

hierzu:

a) **Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** — 1100 BT Haupt
hier: lfd. Nr. 1

b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** — 1100 BV Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD jeweils ohne Aussprache zu.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen

2024: + 6.575.000 €
2025: + 6.575.000 €

VE 2024: + 897.000 € (Davon fällig: 2025 + 897.000)

Anpassung der Tabelle:
TA1: Partizipations- und Integrationsprogramm
2024: + 4.340.000 €
2025: + 3.491.000 €

TA2: Spezifische Förderung von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten
2024: + 341.000 €
2025: + 425.000 €

TA 3: Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds (AMIF)
2024: + 379.000 €
2025: + 458.000 €

TA 4: Berliner Netzwerk für Bleiberecht bridge
2024: + 62.000 €
2025: + 74.000 €

TA 5: Ko-Finanzierung für das Regionale Integrationsnetzwerk Berlin (RIN Berlin) alt IQNW
2024: + 80.000 €
2025: + 97.000 €

TA 6: Ko-Finanzierung der Anerkennungsberatung beim Bund
2024: + 78.000 €
2025: + 85.000 €

TA 7: Strukturfonds
2024: + 500.000 €
2025: + 1.000.000 €

Die Erläuterung „Sowie Auflösung der Gegenfinanzierung anteilig über alle Teilansätze und entsprechende Anpassung der Tabelle“ sowie die geforderte Anpassung der Tabelle zum TA 1 aus der 2. Lesung des EP 11 wird ersatzlos gestrichen.

Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 2	1100 BT Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

a) **Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** — 1100 BT Haupt
hier: lfd. Nr. 3

b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** — 1100 BV Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Koalitionen der CDU und der SPD jeweils ohne Aussprache zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

2024: + 5.065.000 €
2025: + 5.065.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA3: Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt
2024: + 5.000.000 €
2025: + 5.000.000 €

TA 5 (neu) Jüdisches Forum
2024: + 65.000 €
2025: + 65.000 €

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 — 1100 BT Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 5	1100 BV Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

2024: + 375.000 €
2025: + 375.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 15 (neu): „Ausbildungswerk“
2024: + 125.000 €
2025: + 125.000 €

TA 16 (neu): „Unabhängige zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende“
2024: + 250.000 €
2025: + 250.000 €

Titel 68333 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 5	1100 BT Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 68351 – Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 6	1100 BV Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68351 – Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

2024: + 100.000 €
2025: + 100.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 2: Modell- und Pilotprojekte
2024: + 100.000 €
2025: + 100.000 €

Titel 68476 Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

hierzu:

a) **Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** — 1100 BT Haupt
hier: lfd. Nr. 6

b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** — 1100 BV Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD jeweils ohne Aussprache zu.

Titel 68476 – Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

2024: + 100.000 €
2025: + 100.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 11 (neu) Schulpate:
2024: + 100.000 €
2025: + 100.000 €

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales –

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

a) **Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** — 1100 BT Haupt
hier: lfd. Nr. 7

b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** — 1100 BV Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD jeweils ohne Aussprache zu.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

2024: + 100.000 €
2025: + 100.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 7: Erstellung von Informationsmaterialien über die Seniorenmitwirkungsgremien:
2024: + 100.000 €
2025: + 100.000 €

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 — 1100 BT Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 9	1100 BT Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 10	1100 BT Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

a)	**Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** hier: lfd. Nr. 11	1100 BT Haupt
b)	**Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** hier: lfd. Nr. 9	1100 BV Haupt

Jeweils ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

2024: + 163.000 €
2025: + 251.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 10 (neu): „Zirkus Sonnenstich“
2024: + 163.000 €
2025: + 251.000 €

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung –

Titel 68126 – Leistungen wegen Impfschäden

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – LAGeSo – vom 20.11.2023 **Entschädigungen für Impfschäden** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	1308 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1308 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68133 – Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – LAGeSo – vom 20.11.2023 **Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	1309 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1309 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales –

Titel 68128 – Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG

hierzu:

a)	**Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** hier: lfd. Nr. 12	1100 BT Haupt
b)	**Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** hier: lfd. Nr. 10	1100 BV Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) legt dar, dass ein Defizit von 12 Mio. Euro zur Erfüllung des Tarifvertrags für die Assistentinnen und Assistenten festgestellt worden sei. Dazu lägen nun zwei Änderungsanträge vor. Der eine sehe eine Aufstockung um 6 Mio. Euro, der andere um 3 Mio. Euro vor. Deshalb frage er den Senat, mit welchem Änderungsantrag der Tarifvertrag vollständig umgesetzt werden könne. Sei sichergestellt, dass einerseits die Bearbeitung der Anträge und andererseits die Weiterzahlung der Assistentinnen und Assistenten im Arbeitgebermodell nach der Entgeltgruppe 5 lückenlos weitergehe, oder entstünden weitere Probleme, über die gesprochen werden müsse? – Gebe es eine neue Weisung? Sei die Weisung zeitlich verlängert worden, oder sei es dauerhaft geklärt, dass es funktioniere? – Sei durch die Aufstockung der Mittel auch die Genehmigung der Rufbereitschaft, sofern diese beantragt werde, gewährleistet?

Hendrikje Klein (LINKE) schließt sich den Fragen ihres Vorredners an. Nach ihrem Stand seien weiterhin 40 Anträge unbearbeitet. Bis wann würden diese beschieden sein? Die Fragen in ihrer Schriftlichen Anfrage seien größtenteils nicht beantwortet worden, beispielsweise die Frage, ab wann der Senat beabsichtige, den Tarifvertrag vollständig umzusetzen. Könne diese Frage vielleicht jetzt beantwortet werden?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) erklärt, dem Bericht sei im Weiteren zu entnehmen, dass bereits eine Summe eingeplant gewesen sei. Daher gehe SenASGIVA davon aus, dass die Mittel, die die Koalitionsfraktionen in ihrem Änderungsantrag eingestellt hätten, ausreichend seien. Darüber hinaus könne er sich erinnern, dass Herr Straßmeir die Fragen der Abgeordneten Klein beantwortet habe. Dabei sei dargestellt worden, dass es bei den Anträgen eine Reihe von Fragestellungen und Mitwirkungspflichten gegeben habe, für die SenASGIVA nicht die alleine Verantwortung trage. SenASGIVA könne nur darstellen, dass die Schlagzahl deutlich erhöht worden sei. – Er biete an, die Antwort auf die Frage zur Weisung in einem Folgebericht nachzuliefen.

Hendrikje Klein (LINKE) schlägt vor, dass in einem Folgebericht der Bearbeitungsstand der zum Stichtag 31. Dezember 2023 noch unbearbeiteten Anträge dargestellt werde.

Auf ihre Schriftliche Anfrage sei geantwortet worden: das eingestellte Geld reiche aus und werde auch ausgegeben. Falls es nicht ausreiche, müsse neu überlegt werden. – Diese Antwort bewerte sie als „interessant“ und „komisch“. Nach ihrer Auffassung gelte ein Tarifvertrag auf jeden Fall, unabhängig davon, was in diesem Titel festgehalten sei. Sie halte die Aussagen des Staatssekretärs fest: Das Geld sei ausreichend, und alle Leistungen des Tarifvertrags könnten ausgezahlt werden.

Stefan Ziller (GRÜNE) fügt hinzu, dass der Staatssekretär ebenfalls zugesagt habe, dass es ab Januar 2024 lückenlos weitergehe. Das sei zu begrüßen. – Er bitte darum, den beauftragten Folgebericht um Informationen zur Weisung und deren technischer Umsetzung zu ergänzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht bis zum 31. Dezember 2023 erwartet werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 68128 – Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG

2024: + 6.000.000 €
2025: + 6.000.000 €

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – LAGeSo – vom 22.11.2023 **AGM in der persönlichen Assistenz** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	1315 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1315 zur Kenntnis.

Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service -

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 13	1100 BT Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen/Asylbewerber

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 14	1100 BT Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung –

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

a) **Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** — 1100 BT Haupt
hier: lfd. Nr. 15

b) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11** — 1100 BV Haupt
hier: lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion Die Linke ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktionen der CDU und der SPD jeweils ohne Aussprache zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

2024: + 60.000 €
2025: + 140.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 4: Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Sexarbeitenden
2024: + 60.000 €
2025: + 140.000 €

Mitberaten wird:

a) Bericht SenASGIVA – V B – vom 17.11.2023 — 1305 Haupt
Turnus der Zuwendungen
(Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)

b) Bericht SenASGIVA – V C 3 – vom 17.11.2023 — 1306 Haupt
Beratungsstellen sexualisierte Gewalt
(Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1305 und 1306 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11 1100 BV Haupt
hier: lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung

2024: + 50.000 €
2025: + 50.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 2: Förderung von Frauen unter spezifischen Aspekten, z.B. wegen besonderer Benachteiligungen am Arbeitsmarkt, auch durch Mehrfachdiskriminierung, Stärkung in bestimmten Berufsfeldern und bei der Art der Erwerbstätigkeit (insb. Selbstständigkeit), Förderung von Projekten aus dem ehemaligen Programm zur Stärkung der Fraueninfrastruktur (sog. FIS-Stellen)
2024: + 50.000 €
2025: + 50.000 €

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 11 1100 CA Haupt
hier: lfd. Nr. 1 bis 13

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt Einvernehmen fest, dass über diese Änderungsanträge im Block abgestimmt werde.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsantrage Nr. 1 bis Nr. 13 der Fraktion der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 11 hier: lfd. Nr. 13	1100 BV Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

2024: + 1.100.000 €
2025: + 1.600.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 3 (neu): „Ganzjähriges Notübernachtungsangebot für obdachlose Menschen mit und ohne Suchterkrankungen („Ohlauer 365“)“
2024: + 1.100.000 €
2025: + 1.600.000 €

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe

hierzu:

a)	**Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 13** Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 5 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 BR Haupt
b)	**Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 13** Hinweis: Der Änderungsantrag ist dem Titeln zugeordnet worden.	1100 BU Haupt

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 13 hier: lfd. Nr. 1	1100 BR Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung

2024: + 7.000.000 €
2025: + 7.500.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 4: Kosten der Reinigung von Grün- und Erholungsanlagen sowie Waldflächen gem. §§ 1a und 7a StrReinG
2024: + 4.000.000 €
2025: + 4.500.000 €

TA 6 (neu): „Spielplatzreinigung durch die BSR (Pilotprogramm)“
2024: + 3.000.000 €
2025: + 3.000.000 €

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing

Mitberaten wird:

a)	Bericht SenWiEnBe – II B 38 – vom 16.11.2023 **Steuerungsinstrumente für den Beherbergungsmarkt** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	1259 B Haupt
b)	Bericht SenWiEnBe – II B 38 – vom 17.11.2023 **Mögliche Mehreinnahmen aus City Tax** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023)	1259 C Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kommt auf Bericht rote Nr. 1259 B zu sprechen, in dem dargestellt sei, dass der Senat die Möglichkeit eines dezentralen Ansiedlungsmanagements verfolge. Das klinge erst einmal interessant. Was bedeute das im Zusammenhang mit dem Hotel- und Beherbergungsmarkt? Welche Zielzahlen sollten erreicht werden? Welcher Zeithorizont werde verfolgt, und wie gestalte sich der Austausch und die Zusammenarbeit mit den

Bezirken? – Er schlage vor, diese Fragen in einem Folgebericht bis zum Ende des ersten Quartals 2024 zu erläutern.

Zu Bericht rote Nr. 1259 C: Der Senat rechne mit Mehreinnahmen aus der City Tax – sofern die bisherige Privilegierung der Geschäftsreisenden auf Grundlage des Bundesverfassungsgerichtsurteils, wie Linke und Grüne es beantragt hätten, abgeschafft werde – in Höhe von 25 Mio. Euro pro Jahr. Seine Fraktion sei ein wenig mutiger und erwarte noch ein bisschen mehr. Es sei jedoch zwingend, dass das Gesetz zuvor geändert werde. Deswegen hätten Linke und Grüne rechtzeitig einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Geschäftsgang eingebracht. Erfreulicherweise teile die neue Koalition die Auffassung, dass so verfahren werde. Er gehe davon aus, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht bis zum 1. Januar 2024 vorliegen werde. Daher sei es zwingend notwendig, dass bis dahin die gesetzliche Grundlage jenseits der haushalterischen Einnahmeveranschlagung geschaffen sein müsse. Er begrüße es daher, dass die Koalition in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes seiner Fraktion im Dezember voraussichtlich zustimmen werde. Er schlage vor, dann die Einnahmenentwicklung über die Ist-Listen mit den erstellten Kalkulationen zu vergleichen.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) weist darauf hin, dass steuerliche Fragen am besten SenFin klären könne. Konservativ gerechnet sei es richtig von 25 Mio. Euro auszugehen, da Businessreisende statt zu fliegen oder mit dem Zug zu reisen, vermehrt Videoschalten nutzten. Sollten die Einnahmen höher ausfallen, sei das zweifellos gut für Berlin. Hinsichtlich des gesetzgeberischen Akts verweise er auf die Staatssekretärin Mildenberger.

Zu Bericht rote Nr. 1259 C: Im November habe SenWiEnBe den Abgeordneten bereits eine Zuleitung mit Zielzahlen vorgelegt. SenWiEnBe beabsichtige gemeinsam mit den Bezirken die Themen anzusehen und Leitbilder für Berlin zu erarbeiten, um das dezentrale Management zu entwickeln. Das deutsche Recht erlaube derzeit im Rahmen der Restriktion nicht das, was in Brügge, Amsterdam und anderen Städten möglich sei. Demnach müsse ein anderer Weg hinsichtlich Stadtverträglichkeit gefunden werden. Gleichzeitig müssten bekanntermaßen mehr Betten für die Menschen, die nach Berlin kämen, geschaffen werden. Derzeit seien bereits 86 Prozent des Spitzenjahres 2019 erreicht, und es sei davon auszugehen, dass in wenigen Monaten wieder dieser Wert erreicht werde. Berlin habe in der Welt nach wie vor einen guten Namen und ein gutes Image. Demnach müsse man sich mit der Frage nach einem Leitbild bzw. Leitzielen für die einzelnen Bezirke beschäftigen, um die erwarteten Zahlen auch umsetzen zu können.

Er sage einen Folgebericht bis zum 31. März 2024 zu, einschließlich einer Darstellung des Prozesses und wer mit am Tisch sitzen werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) ergänzt, der Senat bereite derzeit einen eigenen Gesetzentwurf vor, der so schnell wie möglich beschlossen und in das Parlament eingebracht werde.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) entgegnet, das sei interessant, aber möglicherweise unnötig. Es befinde sich ein handwerklich vernünftig ausgestalteter Gesetzentwurf bereits im Geschäftsgang, dessen politischen Grundlagen bereits von der alten Koalition entwickelt worden seien. Nachdem das Urteil aus Karlsruhe gekommen sei, habe sich die alten Koalition darauf verständigt, den Gesetzentwurf bis März vorzulegen. Aufgrund der Wiederholungswahl sei

das nicht umgesetzt worden. Wie beabsichtige der Senat, die zeitlichen Vorgaben einzuhalten? Für das morgige Plenum sei der Druckschluss bereits verstrichen. Dann gebe es noch ein Plenum im Dezember. Die Berliner Verfassung schreibe aber vor, dass Gesetze in zwei Lesungen beraten werden müssten. Sei es geplant, dafür eine Sondersitzung anzusetzen? Es liege ein Vorlage vor, mit der gearbeitet werden könne. Er gehe davon aus, dass kein Referentenentwurfsverfahren oder Beteiligungsverfahren angestrebt sei, was die GGO eigentlich vorschreibe.

Heiko Melzer (CDU) erwidert, man könne auch einen einfachen Vorgang verkomplizieren. Beispielsweise sei es für die Hotellerie abrechnungstechnisch kompliziert, wenn ein Gesetzentwurf hastig beschlossen werde, der am 1. Januar 2024 in Kraft treten solle. Der Senat bereite stattdessen in den normalen Strukturen einen Gesetzesentwurf vor. Die Staatssekretärin habe nicht gesagt, dass dieser Entwurf am 1. Januar 2024 in Kraft treten werde. Seiner Erinnerung nach hätten die Änderungsanträge der Opposition eine Einnahmeerwartung bei der City Tax gespiegelt, die deutlich oberhalb der genannten Einschätzung des Staatssekretärs Biel gelegen habe. Es werde einen Gesetzentwurf geben, der in den dafür rechtlich zwingend notwendigen Lesungen beraten werde. Statt die Hotellerie mit in wenigen Tagen überhastet getroffenen Entscheidungen zu überraschen, werde sich gemeinsam mit den Stakeholdern aus dem Bereich beraten und vorbereitet.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die Koalition nicht beabsichtige, die gesetzliche Grundlage zu Beginn des Steuerjahres zu schaffen, sondern möglichweise unterjährig oder auch erst zum 1. Januar 2025. Das sei bedauerlich. Vor dem Hintergrund der strukturellen Unterdeckung des Haushalts und der aktuellen Entwicklung würden Steuereinahmen dringend benötigt. Seine Fraktion habe im Vorfeld der Erstellung des Gesetzentwurfes mit dem Hotel- und Gaststättenverband Rücksprache gehalten. Von erfahrenen Frontofficemanagern verschiedener Hotels könne er berichten, dass die steuerliche Veränderung eine bürokratische Entlastung gegenüber dem aktuellen Stand darstelle und auf Knopfdruck umsetzbar sei. Das Gesetz könne tatsächlich Auswirkungen entfalten, wenn es ab dem 1. Januar 2024 in Kraft trete und bewirke bei den beteiligten Menschen einen deutlichen bürokratischen Entlastungseffekt. Es gebe demnach keinen Grund, ein halbes oder ganzes Jahr abzuwarten und Einnahmen liegen zu lassen.

Koalition und Opposition seien sich in dem Ziel einig, der zustimmungsfähige Gesetzentwurf befinde sich im Geschäftsgang und könne unter Einhaltung der Fristen zum 1. Januar 2024 in Kraft treten, daher appelliere er an die Koalition, keine Zeit zu verlieren und diesen Gesetzentwurf umzusetzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichte rote Nr. 1259 B und 1259 C zur Kenntnis genommen seien.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik –

Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe – IV B 13 – vom 20.11.2023 **Investitionsbedarf der Berliner Wasserbetriebe (BWB) ab dem Jahr 2024** (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023) (mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)	1259 A Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1259 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 13 hier: lfd. Nr. 2	1100 BR Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Keine Ansatzänderung.

VE 2024: +/- 0 € (Davon fällig: 2025 + 1.000.000 €)

Hinweis: Ergänzung zur Jahresscheibe 2025 des in der 2. Lesung des Epl. 13 am 10. November 2023 angenommenen Antrags lfd. Nr. 11.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 13 hier: lfd. Nr. 3	1100 BR Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben

2024: + 1.000.000 €
2025: + 2.000.000 €
Anpassung der Tabelle:
TA 7 (neu): „Umsetzung einer klimaneutralen Energieversorgung eines Sommerbadbetriebes am Beispiel Prinzenbad in Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben“
2024: + 1.000.000 €
2025: + 2.000.000 €

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 13 hier: lfd. Nr. 4	1100 BR Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

2024: + 2.500.000 €
2025: + 2.500.000 €

Anpassung der Tabelle:
TA 5 (neu): „Förderung von Maßnahmen zur stadtweiten Nutzung von Klein-Windanlagen auf Dächern“
2024: + 2.500.000 €
2025: + 2.500.000 €

Neuer Titel 831XX – Kapitalzuführung an die Berlin Energie und Netzholding

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 13 hier: lfd. Nr. 1	1100 BU Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke - Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Neuer Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 13 hier: lfd. Nr. 5	1100 BR Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung

2024: + 1.500.000 €
2025: + 1.500.000 €

Anpassung der Erläuterung:
Der Satz „Hier werden auch Ausgaben für die Kieztage Sperrmüll geleistet“ wird ersetzt durch: „Für die Sperrmüllentsorgung durch Kieztage sind Mittel i.H.v. 500.000 € und für das Sonderprogramm „Graffiti-Entfernung“ Mittel i.H.v. 1.000.000 € jeweils in 2024 und 2025 veranschlagt

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 13 damit abgeschlossen sei.

[Unterbrechung der Sitzung von 11.56 Uhr bis 14.02 Uhr.]

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 1313
„Auswirkungen des Urteils des Zweiten Senats des BVerfGE vom 15. November 2023 zum Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2021) vom 18. Februar 2022“ Haupt
(auf Antrag aller Fraktionen)

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dem Ausschuss sei eine Nachschiebeliste des Senats zum Doppelhaushalt 2024/2025 zugeleitet worden. Diese werde in der kommenden Sitzung einzelplanbezogen im Block aufgerufen und mit zu erwartenden Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen im Block abgestimmt, auf Wunsch auch in Einzelabstimmung.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, die Begriff „Nachschiebeliste“ habe ihn so beschäftigt, dass er zum Zeitpunkt nichts mitbekommen habe. Er bitte um nochmalige Nennung.

Vorsitzender Stephan Schmidt wiederholt, die Nachschiebeliste werde in der kommenden Sitzung am Freitag einzelplanbezogen im Block aufgerufen.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob die Nachschiebeliste demnach nur für die auf der Tagesordnung stehenden Einzelpläne aufgerufen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt antwortet, die Nachschiebeliste werde insgesamt aufgerufen. Dies entspreche dem üblichen Verfahren im Ausschuss.